

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig,
Raden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Reinhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kraft einschließlich Frangierkosten monatlich 1.90 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich- Ungarn 2.65 M. Erscheinung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.
Verkaufszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inserate werden die 7 gespaltene Zeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 57.

Dresden, Sonnabend den 9. März 1918.

29. Jahrg.

Ein Kriegswucherstandal — Reden Bonar Law's und Asquith's Ein Luftangriff auf Paris. — Trozki's Rücktritt.

Die Militarisierung der Daimlerwerke.

Der Hauptausschuss des Reichstags führte am Freitag die Aussprache über die Liquidationen in Rumänien zu Ende. Der Antrag Dr. Cohn, diese Liquidationen rückgängig zu machen, wurde abgelehnt.

Abg. Meisinger berichtete dann über die Verhandlungen des Unterausschusses über Preissteigerungen, insbesondere in der Automobilindustrie. Redner behandelte eingehend den aufsehenerregenden Fall der Daimlerwerke. Durch einen entlassenen Beamten ist festgestellt worden, daß der Direktor dieser Werke Kalkulationsaufstellungen nachträglich hat ändern lassen, um die Preissteigerungen zu maskieren. Nicht nur die Materialpreise, sondern auch die Löhne wurden nachträglich höher angegeben.

Dies hat Veranlassung dazu gegeben, daß der ganze Betrieb schon unter militärischer Leitung gestellt wurde, um weitere Preissteigerungen zu verhindern. Die Firma stellt in der Hauptsache Flugzeugmotoren her. Sie verlangen für einen Motor, der an sich schon bis auf 45 000 M. gestiegen ist, einen weiteren Preisaufschlag in der Höhe von 50 Prozent. Der Direktor drohte, für den Fall, daß der Preisaufschlag nicht gewährt werden sollte, die Nacharbeit im Werke einzustellen und damit die Leistungsfähigkeit zu vermindern. Einer militärischen Kommission, die zur Untersuchung der Sache nach Stuttgart ging, wurde als Vertreter des Unterausschusses der Abg. Nozke beigegeben. Diese Kommission verhandelte eingehend mit dem Staatsanwalt, der daraufhin die Strafverfolgung gegen den Direktor der Daimlerwerke einleitete. Der Redner stellte fest, daß die Daimlerwerke an den Soldaten allein im Jahre 48 Millionen Mark verdienen. Er beantragte dann im Namen des Unterausschusses, den Reichskriegsminister zu ersuchen, schleunigst eine Bundesratsverordnung herbeizuführen, durch welche der Reichskriegsminister ermächtigt wird, die Bücher der Firmen einzusehen, die mit der Ausführung von Kriegslieferungen betraut werden.

General Scheuch wandte sich gegen diesen Antrag, weil die jetzt bestehenden Verordnungen bereits die erforderliche Handhabe bieten. — Den gleichen Standpunkt vertrat Abgeordneter b. Simsen, der darauf hinwies, daß die Verordnung über die Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse schon durchaus genügend sei. Wenn allerdings eine Firma die Herausgabe der Bücher verweigert, dann könne eine Beschlagnahme nur auf gerichtliche Anordnung erfolgen und auch nur dann, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung besteht.

Abg. Nozke: Die Heeresverwaltung hat zu Anfang des Krieges geglaubt, durch höhere Preise zur Produktion von Kriegsmaterial anzuregen zu müssen. Das hat dazu geführt, daß von einer Anzahl Unternehmungen geradezu

ungeheure Gewinne

gemacht worden sind und insbesondere gilt das von der Herstellung von Automobilen und von der Erzeugung von Motoren. Was an den amtlichen Stellen an Kontrolle geübt wurde, war ganz zweifellos vollkommen unzureichend, sonst hätte es nicht eintreten können, daß einzelne Firmen ihre Gewinne in der enormen Weise steigern konnten. Den einzelnen Kriegsindustrien sind ganz gewaltige Zuschüsse gewährt worden, ohne daß eine Sicherung dafür geschaffen wurde, daß das Reich wieder ganz oder teilweise zu seinem Rechte kommen könne. Die vom Reichskriegsminister eingesetzte Kommission für die Nachprüfung der Kriegslieferungen hat bisher immer noch nicht eine Zusammenstellung über die Preissteigerungsverträge erhalten können. Die von den Daimlerwerken erzielten Profite sind von der öffentlichen Meinung schon lange als ungeheuerlich angesehen worden. Sie konnten erzielt werden, weil die Heeresverwaltung unbegreiflicherweise dauernd Preise gezahlt hat, wie sie zu einer Zeit, als nur mit großer Mühe einzelne Gegenstände von Motoren hergestellt werden konnten, üblich waren. Die Firma hat auf mehrfache Anforderungen hin die

Kalkulationsrechnungen immer verweigert.

Da dieser Umstand hätte auf alle Fälle stutzig machen sollen. Statt dessen hat man ganz ruhig die hohen Preise weitergezahlt, bis die Firma schließlich einen Preisaufschlag von 50 Prozent forderte. Die Militärverwaltung hat diese Forderungen nicht ohne weiteres zurückgewiesen, sondern hat es erst darauf ankommen lassen, daß der Leiter der Daimlerwerke mit einer Produktionsbeschränkung drohte. Dieses Vorgehen des Leiters der Daimlerwerke charakterisiert das geradezu als

Landesverrat

Wenn in einer Zeit, in der wir in dem härtesten Kampfe stehen, sollten auf diese Weise die Heereslieferungen verlangsamt werden. Erst als den Herren die Militarisierung dieses Werkes angedroht wurde, haben sie erklärt, von einer Einschränkung Abstand zu nehmen. Eine militärische Kommission, die nach Stuttgart gereist war, hat dort eigentlich nicht so eingegriffen, wie sie hätte eingreifen sollen. Es war notwendig,

mit. (Amlich.) Großes Hauptquartier, den 9. März 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Siege beiderseitige Erkundungstätigkeit führte nicht nur zu Werken, am Fronteufsteiger Walde, nordwestlich von Gelweid und auf dem Hardeber der Rhe zu heftigen Infanteriegefechten. Zahlreiche Gefangene wurden eingebracht. Ziellos ausbleibender Feuerkampf, der sich am Abend besonders an der spanischen Front und nördlich von der Scarpe verhäufte. An der Front der

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht

lebte die Gefechtsstätigkeit nur in wenigen Abschnitten auf.

Zur Vergeltung für feindliche Bombenwürfe auf die offenen Städte Trier, Mainz und Pirmasens am 19. und 20. Februar, haben unsere Flugzeuge in der Nacht vom 8. zum 9. März Paris erneut mit Bomben angegriffen und große Wirkung erzielt.

Osten:

Bombenkämpfe nördlich und südlich von Birzula (an der Bahn Smolensk—Ostse). Die Bomben wurden zerstreut.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Trozki zurückgetreten.

Petersburg, 9. März. (Reuter.) Trotzki ist von seinem Posten als Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten zurückgetreten.

noch einmal eine Kommission dorthin zu entsenden, und nun hat die Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Verfahren eingeleitet und wird die Bücher nachprüfen lassen. Hier liegt zweifellos Betrugsverdacht und vollendeter Kriegswucher vor. Ob noch der Preisprüfung in dem Bresdener Prozeß bei dem Strafverfahren viel herauskommen wird, wird allerdings erst abzuwarten sein. Bei der jetzigen Militarisierung der Daimler-Werke kann nur eine militärische Oberaufsicht in Frage kommen. Der Daimlerische Vorgang aber stellt sich als eine ganz unerhörte Erleichterung dar, und es wäre total verkehrt, anzunehmen, daß er nur eine Ausnahme darstelle und daß ähnliches sich nicht wiederholen werde. Im Gegenteil, zahlreiche Industrieunternehmungen haben die Situation nicht weniger strupplos aus.

Die Kontrolle der Kriegslieferungen muß derart verschärft werden, daß eine solche Ausgliederung des Volkes unmöglich wird. — General Couette gibt zu, daß man durch hohe Preise die Produktion anzuregen habe, aber anders war der momentane gewaltig ansturmende Heeresbedarf kaum zu decken. Seitens der militärischen Verwaltung ist alles getan worden, um die Preise auf einer Höhe zu halten, die einigermaßen verantwortungsvoll war. Aus den Reihen der Industrie sind Vertreter zugezogen worden, die allen Maßnahmen zugestimmt haben.

Oberst D j o m a n n bespricht zunächst das Beschaffungswesen und legt dann auseinander, wie die Preise bei der Firma Daimler sich im Laufe der Jahre gebildet haben. Die Firma hatte 10 Prozent von ihrem Preise herabgelassen, dann aber nachgegeben, daß ihre Kosten um 31 Prozent gestiegen sind. Die Firma hat dann immer stärkere Motoren gebaut, die natürlich auch entsprechend bezahlt werden mußten. Als die Kriegsgewinne der Daimler-Werke bekannt wurden, forderte man Aufklärung, die jedoch nur dazu führte, daß die Daimler-Werke eine weitere Preiserhöhung forderten. Den Gipfel haben die Werke damit erklommen, daß sie jetzt unter Drohungen 50 Prozent Zuschlag verlangten. Bei der Gelegenheit haben sie nachgegeben, daß sie nur 11 Prozent verdienen. Das Monopol der Firma Daimler zu durchbrechen, lag nicht im Interesse des Reiches, denn andere Firmen können nicht billiger produzieren. — Der nationalliberale Abgeordnete Stöbe forderte scharfes Zugreifen im Falle Daimler. Die Steigerung der Dividende und des Bonus bis um 1000 Prozent hätte der Heeresleitung einen Fingerzeig geben müssen, daß ihr etwas vorgebracht werde. Der Abgeordnete Pfleger (Zentr.) führte aus, da von der Firma Daimler zweifellos unrichtige Erklärungen vorgelegt wurden, so liege Betrag vor. Das Vorgehen gegen die Verwaltung sei gerechtfertigt. Am weiteren Verlaufe der Aussprache erklärte der Abg. Erzberger (Zentr.), was die Firma Daimler getrieben habe, sei so unaufrichtig, daß wohl niemand in Deutschland es für möglich gehalten hätte. Der Kammerherr von Vehr-Binnow solle in wenigen Monaten ohne irgend welche Leistung viele Millionen Kriegsgewinn verdient haben. Die Weiterberatung findet am Sonnabend statt.

Die Daimler-Gesellschaft.

Die Daimler-Motoren-Gesellschaft besteht seit 1890. Ihr Sitz ist Stuttgart-Untertürkheim, eine Zweigniederlassung besitzt sie in Berlin-Mariensfelde. Ihr Zweck ist die Ausbeutung der Erfindungen von G. Daimler in Verbindung mit der Erfindung und dem Bau von Kraftwagen, Luftschiff- und Flugmotoren (Marke Mercedes).

Dem Vorstand gehören an: Kommerzienrat Ernst Berge, Raurat Paul Daimler, Karl Schipper (B.-Mariensfelde), Graf Wolff (B.-Mariensfelde) und Dr. G. Seher. Im Aufsichtsrat sitzen u. a.: Rautat P. v. Gernard (Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin), Kommerzienrat Dr. C. Dautenhof (Ber. Holz- und Metallfabrik) und Dr. R. Dautenhof (Rhein.-Westf. Sprengstoff-F.-G.).

Die Dividenden betragen:

1909	8 Proz.	1913	14 Proz.
1910	10	1914	16
1911	10	1915	28
1912	12	1916	35

Die Aktien des Unternehmens, die im Jahre 1911 zu 225 notierten, erreichten während des Krieges Höhen bis über 1000. Schließlich sei einem getriggen Börsenbericht nach folgende Mitteilung entnommen: Unter den Kriegsmotoren gaben die Aktien an Daimler-Motorenwert im Kurse nach.

Bonar Law und Asquith.

Nach dem Abschluß der Kriegshandlungen gegen Rußland ist nun nochmals die große Schicksalsfrage im Westen gestellt: Sollen neue furchtbare und für alle Beteiligten entsetzliche Opfer fordernde Kämpfe kommen oder wird noch in letzter Stunde eine bessere Einigkeit obliegen?

Präsident Wilson hat nach einer über Genf kommenden Meldung eine neue Botschaft an den Kongreß fertiggestellt. Diese neue Botschaft soll die Antwort auf die letzten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers bringen. Es wird sich alsbald zeigen müssen, ob das Entgegenkommen, das der Reichskanzler zu Wilsons Friedensgrundrissen und zu bestimmten Hauptproblemen des Friedensschlusses geäußert hat, geeignet ist, die Annäherung über den bisher unüberbrückbaren Gegenstand herbeizuführen, oder ob umgekehrt der Friedensschluß der Mittelmächte mit Rußland den Gegenstand neu verschärft hat. Die Politik der deutschen Reichsleitung ist offenbar von der Meinung beherrscht, daß die Mittelmächte, nachdem sie die deutschen Friedensangebote abgewiesen haben, eher durch die Macht der Lasten zum Einlenken gebracht werden können. Daß diese Meinung die richtige wäre, geht jedenfalls aus den zwei Reden englischer Staatsmänner, die soeben aus London berichtet werden, nicht hervor.

Der Vertreter der englischen Regierung, Herr Bonar Law, sowie Herr Asquith, der Führer der liberalen Partei, äußerten sich zu der letzten Rede Hertings und zu dem deutsch-russischen Friedensschlusse überaus abspredend. Bonar Law spricht von einem lächerlichen Geschwätz und Asquith wendet sich heftig gegen die harte und demütigende Kapitulation, die Rußland auferlegt sei. Im übrigen klingt aus Bonar Law's Ausführungen nichts mehr von dem Siegesgesichtsmeter, das solange aus den Reden der englischen Staatsmänner grollt. Bonar Law glaubt zwar nicht, daß England und seine Verbündeten besiegt werden können, er legt in die amerikanische Hilfe sehr große Erwartungen. Aber von der Niederwerfung und Aushungerung Deutschlands redet er jetzt nicht mehr.

Es ist durchaus begründet, daß der Friedensschluß von Brest in London das schwerste Mißbehagen hervorruft. Auch in Deutschland gibt es sehr viele, die — wenn auch aus besseren Gründen als denen der englischen Imperialisten — die Art des Friedens mit Rußland überaus kritisch betrachten. Wir in Deutschland kommen aber über die Lasten nicht hinweg, daß England und Frankreich selbst die größte Schuld an dem Gang der Dinge tragen, der den Regierungen dieser Länder so wenig gefällt. England und Frankreich haben seit anderthalb Jahren jedes Eingehen auf Friedensbegehörungen hochmütig und schroff abgelehnt. Sie haben Rußland, als es zum Frieden einlenken wollte, mit Drohungen aller Art zur Fortsetzung des Krieges genötigt und so dieses Land erst vollends ins Unglück geführt. Die Staatsmänner in London und Paris waren es, die mit Gewalt die Vertreter ihrer Arbeiterpartei verhinderten, mit den Vertretern der deutschen Arbeiterpartei zusammenzutreffen und sich über einen ehrlichen Verständigungsfrieden zu einigen.

Auch jetzt noch sind die Herren Bonar Law und Asquith völlig unfähig, sich ein einigermaßen objektives Bild über das, was recht und billig und was möglich und erreichbar ist, zu machen. Sie entrüsten sich über die deutsche Politik, aber die eigenen Eroberungspläne halten sie für gerecht und selbstverständlich. Das ganze deutsche Kolonialreich sei veräußert, erklärt Bonar Law und er sagt kein Wort davon, ob seine Regierung diese eroberten Gebiete im Friedensschluß wieder herausgeben will. Er spricht weiter rühmend von den englischen Eroberungen in Mesopotamien und Palästina. Er ist offenbar der Meinung, daß England diese zukunftsreichen Länder ebensoviele wieder herausgeben will, wie es nicht daran denkt, Ägypten frei zu geben. Den Elsch Vorbringen haben die englischen Staatsmänner geduldet, aber es ist genug bekannt, wie es damit nach ihrer Meinung bestellt sein soll.

So scheinen jämmerlicherweise die Hoffnungen immer geringer zu werden, daß der gequälten Menschheit der allge-